



Gemeinderatsprotokoll

über die Sitzung am Donnerstag, den 25. September 2014.

Ort der Sitzung: Veranstaltungszentrum Wartberg ob der Aist

Beginn: 19.00 Uhr

Anwesend sind:

1. Bürgermeister Ing. Dietmar Stegellner
 2. Vzbgm. Martin Thallinger
 3. GVⁱⁿ Michaela Kasbauer
 4. GVⁱⁿ Bettina Starzer
 5. GV Dir. Hubert Kammerhuber
 6. GV Wilhelm Keinberger
 7. GR Manfred Freinschlag
 8. GR Kurt Pühringer
 9. GR Harald Edlauer
 10. GR Franz Luger
 11. GR Wilhelm Hametner
 12. GR Ing. Christian Stanger
 13. GRⁱⁿ Andrea Weihrauch
 14. GRⁱⁿ Christine Schimpl
 15. GR Martin Fröhlich
 16. GRⁱⁿ Ingeborg Weichselbaumer
 17. GR Hubert Prammer
 18. GR Martin Stingeder
 19. GR Maximilian Walch
 20. GR-Ersatzmitglied Gabriela Würzl
 21. GR-Ersatzmitglied Bettina Ortner
 22. GR-Ersatzmitglied Roman Wiesinger
 23. GR-Ersatzmitglied Josef Zwettler
 24. GR-Ersatzmitglied Ing. Johann Kaltenberger
 25. GR-Ersatzmitglied Mag. Christine Grüll
- AL Christian Wolfsegger
Christina Gegenhuber als Schriftführerin

Es fehlen:

- GVⁱⁿ Mag. Birgit Kagerer-Wiesinger, entschuldigt
GR Johann Meier, entschuldigt
GR Mag. Markus Eidenberger, entschuldigt
GR Gerald Dunzinger, entschuldigt
GR Erwin Bock, entschuldigt
GRⁱⁿ Ulrike Keinberger, entschuldigt
GR-Ersatzmitglied René Tischberger, entschuldigt
GR-Ersatzmitglied Karl Eixner, entschuldigt
GR-Ersatzmitglied Edeltraud Scharsinger, entschuldigt
GR-Ersatzmitglied Michael Himmer, entschuldigt
GR-Ersatzmitglied Harald Kohlberger, entschuldigt
GR-Ersatzmitglied Mag. Kurt Schuster, entschuldigt
GR-Ersatzmitglied Mag. Dr. Wolfgang Ritter, entschuldigt
GR-Ersatzmitglied Roland Leimlehner, entschuldigt



GR-Ersatzmitglied Margit Watzl, entschuldigt
GR-Ersatzmitglied Ing. Franz Auinger, entschuldigt
GR-Ersatzmitglied Rudolf Pendlmayr, entschuldigt
GR-Ersatzmitglied Mag. Maria-Theresia Wirtl-Hartlauer, entschuldigt
GR-Ersatzmitglied Karin Speher, entschuldigt
GR-Ersatzmitglied Ing. Karl Tauber, entschuldigt
GR-Ersatzmitglied Martin Auer, entschuldigt
GR-Ersatzmitglied Dr. Herwig Siegl, entschuldigt
GR-Ersatzmitglied OSR Josef Miesenberger, entschuldigt
GR-Ersatzmitglied Ing. Klaus Bodingbauer, entschuldigt
GR-Ersatzmitglied Rudolf Lengauer, entschuldigt
GR-Ersatzmitglied David Döcker, entschuldigt
GR-Ersatzmitglied Berthold Weichselbaumer, entschuldigt
GR-Ersatzmitglied Agnes Buttinger, entschuldigt
GR-Ersatzmitglied Jakob Knierzinger, entschuldigt
GR-Ersatzmitglied Sabine Dumfart, entschuldigt
GR-Ersatzmitglied Tilmann Grüll, entschuldigt
GR-Ersatzmitglied Mag. Josef Punz, entschuldigt

Eröffnung der Sitzung und Bekanntgabe der Tagesordnung

Der Vorsitzende begrüßt den Gemeinderat und die anwesenden Zuhörer, eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass

- a) die heutige Sitzung des Gemeinderates von ihm ordnungsgemäß einberufen worden ist;
- b) dazu die Einladungen schriftlich und nachweislich unter Bekanntgabe der Tagesordnung an die Gemeinderatsmitglieder per E-Mail am 16.09.2014 versendet wurden;
- c) die Abhaltung der Sitzung unter Bekanntgabe der Tagesordnung durch Anschlag an der Amtstafel in der Zeit von 16.09.2014 bis 25.09.2014 öffentlich kundgemacht worden ist;
- d) und die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Über Anfrage des Vorsitzenden verzichtet der Gemeinderat auf die Verlesung der Tagesordnung, da diese allen bekannt ist und schriftlich vorliegt. Nach weiterer Frage verzichtet der Gemeinderat auf die Verlesung des Protokolls vom 03. Juli 2014. Der Vorsitzende weist darauf hin, dass je eine Ausfertigung dieser Verhandlungsschrift den im Gemeinderat vertretenen Fraktionen rechtzeitig zur Verfügung gestellt worden ist. Das Protokoll liegt zudem während der heutigen Sitzung in zweifacher Ausfertigung zur allgemeinen Einsichtnahme auf und allfällige Einwendungen dagegen können bis zum Schluss der Sitzung eingebracht werden.

Der Bürgermeister informiert, dass ein Dringlichkeitsantrag zur Behandlung nachfolgender Themen eingebracht wurde:

- Stellungnahme zum Planentwurf Kreuzung L 580 B 124
- Prüfbericht der BH Freistadt zum Rechnungsabschluss 2013
- Resolution - Offenlegung der Verhandlungsdokumente zu den Transatlantischen Handels- und Investitionsabkommen TTIP (EU – USA) und CETA (EU – Kanada) und für einen demokratischen Verhandlungsprozess

Er lässt über die Aufnahme des Dringlichkeitsantrages per Handzeichen abstimmen und stellt die einstimmige Aufnahme in die heutige Tagesordnung fest.

Bei den in dieser Verhandlungsschrift angeführten Abstimmungen handelt es sich um einstimmige und mit Handzeichen, soweit dies beim Beschluss nicht anders vermerkt ist. Die Berichterstatter sind jeweils bei „Sachverhalt“ in Klammer angeführt.

14. Resolution – Offenlegung der Verhandlungsdokumente zu den Transatlantischen Handels- und Investitionsabkommen TTIP (EU – USA) und CETA (EU - Kanada) und für einen demokratischen Verhandlungsprozess (Dringlichkeitsantrag)

Sachverhalt: (Bgm. Ing. Dietmar Stegfellner)

Dieses Thema wurde im Gemeindevorstand diskutiert.

Nachfolgender Resolutionsentwurf wird vollinhaltlich zur Kenntnis gebracht.

RESOLUTION

des Gemeinderates der Marktgemeinde Wartberg ob der Aist an den Nationalrat und die Bundesregierung betreffend die

**Offenlegung der Verhandlungsdokumente zu den Transatlantischen Handels- und Investitionsabkommen TTIP (EU – USA) und CETA (EU – Kanada)
Und für einen demokratischen Verhandlungsprozess**

Der Gemeinderat der Marktgemeinde Wartberg ob der Aist fordert auf Grund seiner Beschlussfassung vom 25.9.2014 den Österreichischen Nationalrat und die Österreichische Bundesregierung auf, im Europäischen Rat für die Offenlegung der Verhandlungsdokumente zu den Transatlantischen Handels- und Investitionsabkommen TTIP (EU-USA) und CETA (EU-Kanada) und für einen demokratischen Verhandlungsprozess einzutreten.

Sollte diesem Anliegen nicht unverzüglich nachgekommen werden, mögen sich die Bundesregierung sowie die österreichischen Vertreter im EU-Parlament und im Europäischen Rat für ein Aussetzen der Verhandlung einsetzen.

Das geplante Freihandelsabkommen zwischen USA und Europa (TTIP) ist ein schwerwiegender Angriff auf Demokratie, KonsumentInnenrechte, Umweltschutz und Sozialstaat – und wird geheim verhandelt.

Das Versprechen des TTIP-Abkommen lautete Wachstum durch noch mehr Handel und Investitionen zwischen USA und der EU. Doch während das erwartete BIP- Wachstum lediglich 0,5 % in zehn Jahren betragen soll, droht gleichzeitig der Abbau bestehender Umwelt-, KonsumentInnenschutz-, Datenschutz- und Sozialstandards!

In sensiblen Bereichen, die zwischen den USA und der EU unterschiedlich geregelt und daher strittig sind, wie z.B. der Gentechnik, der Liberalisierung der Wassermärkte oder dem Abbau von alternativen Gasvorräten mit Hilfe hochgiftiger Chemikalien (Fracking) könnten bestehende nationale Verbote und Ausnahmen mit dem Hinweis auf das Abkommen zunehmend unter Druck geraten. Das TTIP birgt somit die Gefahr, dass ein Umsteuern zu einer nachhaltigen, ressourcen- und klimaschonenden Wirtschaft in der EU und den USA vollständig aus dem Blick gerät.

Begründung:

Landwirtschaft/Lebensmittelsicherheit: Gerade im Bereich der Umwelt- und Lebensmittelstandards droht eine massive Aufweichung der hohen Standards in der EU.

Der „Feinkostladen Österreich“ wäre am Stärksten davon betroffen, denn die österreichische kleinstrukturierte Landwirtschaft müsste plötzlich mit Megaställen der USA konkurrieren.

Die Durchschnittsgröße eines landwirtschaftlichen Betriebes liegt in den USA bei 180 Hektar und in Österreich bei 19 Hektar. In der EU ist die Praxis des Behandeln von Hühnern vor dem Verzehr mit Chlorauge verboten – in den USA zugelassen. Das Chlorhuhn könnte auf unseren Tellern landen, das Vorsorgeprinzip unterwandert werden.

Fracking: In vielen Ländern der EU darf, anders als in den USA, kein Fracking betrieben und auch kein durch Fracking gewonnenes Erdgas eingeführt werden. Im Dezember 2013 war Fracking in den nicht öffentlichen Verhandlungen zu TTIP Verhandlungsgegenstand.

Investorenschutz – Konzerne verklagen Staaten: So hat der schwedische Energiekonzern Vattenfall Deutschland wegen des Atomausstiegs auf kolportierte 3,7 Milliarden Euro Schadenersatz geklagt. Die Argumentation: im Vertrauen auf die Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke hat Vattenfall in die beiden Meiler Krümmel und Brunsbüttel 700 Millionen Euro investiert. Am 31. Mai 2012 wurde die Klage beim International Centre for Settlement and Investment Disputes (ICSID) registriert.

Vattenfall berief sich bei seinen Klagen auf die Energiecharta, ein 1994 geschlossenes internationales Abkommen zur Liberalisierung des Energiemarkts. Es geht also um die Frage, ob ein demokratisch gewähltes Parlament über die Energiepolitik entscheidet oder ein Schiedsgericht, das aus drei Personen besteht und hinter verschlossener Tür verhandelt. Da sowohl die EU als auch die USA über hochentwickelte Justizsysteme verfügen, sind diese Sonderklagsrechte für Konzerne überflüssig.

TTIP ist transatlantisches Lohn- und Sozialdumping: In den USA ist die Vereinigungs- und Kollektivvertragsfreiheit teilweise erheblich eingeschränkt. Auf beiden Seiten des Atlantiks stehen ArbeitnehmerInnen – Rechte seit Jahrzehnten unter Druck. Es besteht die Gefahr einer weiteren Abwärtsspirale in diesem Bereich, was bedeutet: Anstieg prekärer Arbeitsverhältnisse, weiter steigende Einkommensunterschiede, Druck auf Löhne und Arbeitsbedingungen, Klagen gegen Erhöhung von Mindest- und Kollektivvertragslöhnen.

ACTA durch die Hintertür: Google, Amazon, Microsoft etc. lobbyieren kräftig, im durch TTIP sicherzustellen, dass Daten ungehindert über die Grenzen fließen können. Die EU verfügt über weit höhere Datenschutzbestimmungen als die USA.

Der Gemeinderat der Marktgemeinde Wartberg ob der Aist fordert den Nationalrat und die Bundesregierung dazu auf, dass

- 1) die TTIP – Verhandlungen solange gestoppt werden, bis die vollständige Transparenz der Verhandlungen hergestellt ist und alle Verhandlungsdokumente veröffentlicht sind, damit öffentliche Debatten über die Ziele und Inhalte des Abkommens stattfinden können.
- 2) Im Abkommen keine eigener „Investor – Staat – Streitbeilegungsmechanismus“ (Sonderklagsrechte von Großkonzernen gegen Staaten) verankert wird.
- 3) Folgende Punkte im Vertragstext rechtlich verbindlich verankert werden:
 - Klima- und Umweltschutz, KonsumentInnenschutz- und Gesundheitsstandards und kulturelle Leistungen etc. haben Vorrang vor Investitionssinteressen von Konzernen. Diese Standards dürfen keinesfalls abgesenkt oder ausgehöhlt, sondern im Gegenteil weiterentwickelt werden.
 - Bei Zulassung von Gütern, Produkten und Lebensmitteln muss nach dem Vorsorge- und Verursacherprinzip vorgegangen werden.
 - Es soll lokale, faire und nachhaltige Kriterien angewendet und regionale Anbieter bevorzugt werden. Die EU muss die Möglichkeit behalten, dass regionale ökologische oder tiergerecht erzeugte Produkte verwendet werden können.

Weiters fordert die Marktgemeinde Wartberg ob der Aist auch eine Stellungnahme aller Ministerien über die zu erwartenden Auswirkung von TTIP/CETA/TAFTA.

Über Antrag von Bgm. Ing. Dietmar Stegellner wird die zur Kenntnis gebrachte Resolution beschlossen.

gl

GENEHMIGUNG DER VERHANDLUNGSSCHRIFT ÜBER DIE SITZUNG VOM 25. SEPTEMBER 2014:

Der Vorsitzende stellt fest, dass gegen die zu Beginn der heutigen Sitzung aufgelegte Verhandlungsschrift über die Sitzung vom 25. September 2014 keinerlei Einwendungen vorgebracht worden sind und erklärt diese daher für genehmigt. Der Vorsitzende schließt sodann die Gemeinderatssitzung.

Ende der Sitzung: 18.30 Uhr

Ohne – mit nachfolgenden – Einwendungen genehmigt am: 19.3.2015

[Handwritten signature]

Gemeinderatsmitglied

[Handwritten signature]

Gemeinderatsmitglied

[Handwritten signature]

Schriftführer

[Handwritten signature]

Gemeinderatsmitglied

[Handwritten signature]

Gemeinderatsmitglied

[Handwritten signature]

Vorsitzender

Die Genehmigung der vorstehenden Verhandlungsschrift wird hiermit bestätigt.

19.3.2015

Datum

[Handwritten signature]

Bürgermeister